

Sebastian Schipper

Ein kurzer Sommer des gesellschaftlichen Wandels? Die J14-Sozialproteste in Israel von 2011

Im Sommer 2011 erlebte die israelische Gesellschaft die größten Sozialproteste ihrer Geschichte – zur Überraschung aller Beteiligten. Was als spontanes Protestcamp auf dem Rothschild Boulevard in Tel Aviv begann, entwickelte sich innerhalb weniger Wochen zu einer mehrmonatigen Massenbewegung für soziale Gerechtigkeit, die sich gegen den neoliberalen Umbau der Gesellschaft, korrupte Eliten, soziale Polarisierung und steigende Lebenshaltungskosten richtete (Eizenberg 2012). Inspiriert vom Arabischen Frühling und den Indignados in Spanien besetzten AktivistInnen Straßen und Plätze, etablierten mehr als 60 Zeltstädte im ganzen Land und organisierten Großdemonstrationen mit bis zu einer halben Million TeilnehmerInnen. Auf dem Höhepunkt im September beteiligten sich etwa 10 Prozent der erwachsenen Bevölkerung an landesweiten Kundgebungen, während laut Meinungsumfragen 87 Prozent mit den Protestierenden sympathisierten (Grinberg 2013; Schechter 2013). Angesichts der Breite der Mobilisierung und des Rückhalts in der Bevölkerung schien der Traum von einem sozialen Wandel wahr zu werden.

Drei Jahre später sind die gesellschaftlichen Auswirkungen jedoch als ambivalent bis ernüchternd einzuschätzen. Während sich der öffentliche Diskurs in Israel zwar deutlich in Richtung sozio-ökonomischer Konfliktlinien verschoben hat, die neoliberale Hegemonie zumindest brüchig geworden ist, der Grad politischer und gewerkschaftlicher Organisation signifikant zugenommen hat sowie auch kleinere sozialpolitische Zugeständnisse erkämpft worden sind, ist der erhoffte grundlegende Bruch mit den Neoliberalisierungstendenzen der letzten Jahrzehnte bislang nicht eingetreten. Vielmehr haben sich die bestehenden Herrschaftsverhältnisse letztlich konsolidiert, indem die Regierung Benjamin Netanjahus die Sprache der Bewegung kooptiert und deren Forderungen neoliberal gewendet hat: Markt, Wettbewerb und Privatisierung werden nicht als Ursache, sondern als Lösung der sozialen Frage proklamiert.

Auf Grundlage einer fünfmonatigen Feldforschung Ende 2013, 41 Interviews mit politischen AktivistInnen, JournalistInnen, SozialwissenschaftlerInnen und RegierungsvertreterInnen sowie einer Auswertung der englischsprachigen Tagespresse (*Haaretz*, *Jerusalem Post*) für den Zeitraum 2010 bis Anfang 2014 möchte

ich in diesem Beitrag den Blick auf die Gegentendenzen und Schwierigkeiten der sogenannten J14-Bewegung richten, die nach dem 14. Juli 2011, dem Tag der größten Proteste so bezeichnet wurde. Dabei wird die These vertreten, dass deren inhaltliche Vagheit, mangelnde interne Demokratie und fehlende autonome Organisierung wesentlich dazu beigetragen haben, dass die israelischen Sozialproteste trotz ihrer Mobilisierungsstärke bislang keinen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel erreichen konnten. Vielmehr haben die internen Schwächen es der Netanjahu Regierung erleichtert, die Proteste zu befrieden und in einer Weise zu inkorporieren, die letztlich zu einer Modernisierung neo-liberalen Regierens geführt hat.

Im Unterschied zu Auseinandersetzungen mit anderen kapitalistischen Gesellschaften bleiben im israelischen Kontext polit-ökonomische Fragen von Neoliberalisierung, sozialer Ungleichheit und Klassenverhältnissen aufgrund der Dominanz des Nahostkonflikts und der Dauerpräsenz ethnisch-nationaler Antagonismen oft unterbelichtet (Nitzan/Bichler 2002). Da selbige aber wesentlich zum Verständnis der jüngsten Protestwelle beitragen, skizziere ich im Folgenden zuerst knapp die sozio-ökonomischen Transformationsprozesse der letzten Jahrzehnte. Anschließend werden die soziale Zusammensetzung, die politischen Forderungen und die transnationalen Bezüge der J14-Proteste analysiert. Darauf aufbauend rücke ich die internen Schwierigkeiten der Bewegung sowie staatliche Strategien der Kooptierung und Repression in den Fokus, um zu erklären, warum sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in Israel zumindest auf dem Terrain des Staates bislang nicht grundlegend verschoben haben und im Vergleich zu den artikulierten Forderungen kaum materielle Zugeständnisse erkämpft werden konnten.

Neoliberalisierung, soziale Ungleichheit und die Rückkehr der Wohnungsfrage

Bis in die 1970er Jahre wurde die fordistisch geprägte Ökonomie Israels im Wesentlichen vom öffentlichen Sektor dominiert, insofern die gewerkschaftseigenen Betriebe der Histradut, dem gewerkschaftlichen Dachverband, sowie die staatseigenen Unternehmen mehr als die Hälfte des Bruttoinlandprodukts produzierten (Ram 2008: 45). Kontrolliert wurden Gewerkschaft und Staat von der gleichen europäisch-ashkenasischen Elite organisiert in der Mapai, der frühen sozialistisch-zionistischen Partei, welche 1968 in die heutige Arbeitspartei aufging. In den ersten Jahrzehnten nach Staatsgründung konnte ein Wohlfahrtsstaat inklusive massiver öffentlicher Wohnungsbauprogramme etabliert werden, welcher der jüdischen Mehrheitsgesellschaft soziale Absicherung und relativ egalitäre Lebensverhältnisse sicherte.

Seit Mitte der 1980er Jahre hat Israel jedoch einen tiefgreifenden Transformationsprozess von einer „quasi-sozialistischen“ und kollektivistischen Gesellschaftsstruktur unter der Hegemonie der Arbeitspartei hin zu einer „zutiefst kapitalistischen“ (Ram 2008: 44) durchlaufen, welche nun von neoliberalisierten Institutionen, Rationalitäten und Praktiken geprägt ist. Vor dem Hintergrund eines postfordistischen Wandels von arbeitsintensiven zu wissensdominierten Industrien und der Expansion des Finanz- und Dienstleistungssektors erlebte die israelische Gesellschaft eine „bourgeoise Revolution“ (ebd.: 43), die eine neue transnationale Wirtschaftselite an die Macht brachte (Nitzan/Bichler 2002: 274ff.). Öffentliche Unternehmen wurden in großem Stil privatisiert, die Gewerkschaften geschwächt, eine Politik der Austerität implementiert, der Wohlfahrtsstaat abgebaut und das wirtschaftliche Eigentum konzentrierte sich in den Händen einer kleinen Gruppe von Vermögensbesitzern.

Für die Durchsetzung der gegenwärtigen neoliberalen Macht- und Eigentumsverhältnisse waren zwei Zäsuren entscheidend. Der erste Einschnitt erfolgte 1977, als der rechtsgerichtete Likud erstmals die nationalen Wahlen gewinnen konnte und die Regierung der Arbeitspartei stürzte (Ram 2008: 49ff.). Der zweite Wendepunkt resultierte aus der tiefen Wirtschaftskrise und Hyperinflation von 1985 und der anschließenden Bildung einer großen Koalition der nationalen Einheit aus Likud und Arbeitspartei. Diese berief sich nun konsensual auf die marktkonformen Prinzipien des Washingtoner Konsenses (Nitzan/Bichler 2002: 294ff.), legte damit das Fundament für die Herausbildung einer neoliberalen Hegemonie und setzte in der Praxis den sogenannten Stabilisierungsplan durch. Dieser umfasste eine grundlegende Reformagenda mit dem Ziel, den Einfluss des Staates auf die israelische Wirtschaft zurückzudrängen, die nationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken sowie regulatorische Bedingungen zu schaffen, die primär die Interessen des globalen Kapitals bedienen. Laut Shlomo Swirski (2013: 4) haben die mit dem Plan verbundenen Leitlinien seitdem „die Politik aller israelischen Regierungen bestimmt“. Die Finanzmärkte wurden dereguliert, wohlfahrtsstaatliche Absicherungsmechanismen geschwächt, fiskalpolitische Austerität verordnet, Unternehmens- und Kapitalsteuern gesenkt, der Außenhandel liberalisiert, der Arbeitsmarkt flexibilisiert und öffentliches Eigentum privatisiert (Nitzan/Bichler 2002: 274ff.). Ein wesentliches Motiv für den Verkauf öffentlicher Unternehmen war dabei, die Macht der Gewerkschaften zu brechen. Sämtliche israelischen Regierungen haben seit den 1980er Jahren, so Uri Ram (2008: 48), „eine öffentliche Vendetta gegen die Stärke und Unabhängigkeit der Histradut angeordnet“, mit dem Resultat, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad von über 70 Prozent der Bevölkerung in den frühen 1990er Jahren auf nur noch 20 Prozent gegen Ende des Jahrzehntes gesunken ist. Innerhalb der Hierarchie der Staatsapparate stiegen in dieser Epoche das Finanzministerium

und die israelische Zentralbank als die zwei mächtigsten und zugleich neoliberalsten Institutionen empor (Maman/Rosenhek 2012).

In jüngerer Zeit hat vor allem Benjamin Netanjahu (Likud) in seiner Funktion als Finanzminister (2003-2005) sowie während seiner zweiten Amtszeit als Premierminister (2009-2013) die Politik der Neoliberalisierung fortgesetzt bzw. als „extreme Version“ (Swirski 2013: 5) radikalisiert. Von der Absicht, sozialstaatliche Handlungsspielräume durch eine Politik der Austerität auszutrocknen, war bspw. das Wohnungsministerium betroffen, welches durch Privatisierungen und Budgetkürzungen „jeglichen de facto Einfluss“ (ebd.: 19f.) verloren hat. So sank das Budget des Ministeriums, das unter anderem für öffentlichen Wohnungsbau und Wohngeld vorgesehen ist, inflationsbereinigt von 9,54 Milliarden israelische Schekel (ILS) (2000) auf nur noch ILS 2,49 Milliarden (2011).

Eine Auswirkung der Neoliberalisierungsprozesse stellt der extreme Anstieg von sozialer Ungleichheit und Armut dar. War die israelische Gesellschaft im Vergleich zu westlichen Industrieländern noch bis in die frühen 1980er Jahre eine der egalitärsten hinsichtlich Einkommen und Vermögen, ist selbige nach 30 Jahren Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung eine der sozio-ökonomisch polarisiertesten (Nitzan/Bichler 2002: 351). Die soziale Ungleichheit drückt sich etwa in der relativen Armutsrate¹ aus, die in Israel zwischen 1980 und den späten 2000er Jahren jährlich um 2,2 Prozent auf ein gegenwärtiges Niveau von 20,9 Prozent gestiegen ist; höher als in jedem anderen OECD-Land und fast doppelt so hoch wie der OECD-Durchschnitt von 10,9 Prozent (OECD 2011: 69). Hervorzuheben ist diesbezüglich, dass die hohe Armutsrate mit einer relativ niedrigen Arbeitslosenquote von 6,2 Prozent, aber einem beträchtlichen Niedriglohnsektor einhergeht: Mehr als 30 Prozent aller Lohnabhängigen verdienen den Mindestlohn von ILS 4.300 oder weniger (Swirski/Attias 2012: 18).

Das Problem der sozialen Ungleichheit wird in jüngerer Zeit zudem durch steigende Wohnungspreise und Mieten verstärkt. Der Abbau wohlfahrtsstaatlicher Sicherungssysteme, der drastische Rückgang des öffentlichen Wohnungsbaus, erhebliche Kürzungen bei Mietzuschüssen für einkommensschwache Haushalte sowie die Deregulierung der Finanz- und Immobilienmärkte hat zu tief greifenden Veränderungen bei der Wohnraumversorgung geführt (ACRI 2012: 62ff.). Am gravierendsten ist dabei die Entwicklung der Wohnungspreise, die inflationsbereinigt zwischen 2008 und 2011 um 50 Prozent gestiegen sind (Hemmings 2011). Für MieterInnen sieht die Situation ähnlich düster aus. Abgesehen davon, dass der private Mietmarkt praktisch völlig unreguliert ist, stieg die durchschnittliche Monatsmiete zwischen 2008 und 2013 bezogen auf ganz Israel um

1 Gemessen als Anteil der Bevölkerung mit einem Einkommen von weniger als 50 Prozent des Medianeinkommens.

49 Prozent auf ILS 3.436 und in Tel Aviv um 61 Prozent auf ILS 5.117 – was 56 Prozent des durchschnittlichen israelischen Bruttomonatslohns entspricht (*Haaretz*, 22.9.2013).

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass die Neoliberalisierungsprozesse der letzten Jahrzehnte, die gestiegene soziale Ungleichheit und die eskalierenden Wohnkosten dazu geführt haben, dass einkommensschwache Klassen und zunehmend auch die Mittelschichten unter erheblichen Druck geraten sind, bei stagnierenden Löhnen die steigenden Lebenshaltungskosten bestreiten zu können.

Die J14-Sozialproteste von 2011: „The people demand social justice“

Angesichts dieser Entwicklungen entschied sich eine kleine Gruppe von Studierenden, aus Protest gegen unbezahlbar gewordene Mieten am 14. Juli 2011 auf dem luxuriösen Rothschild Boulevard im Zentrum der Global City Tel Aviv-Jaffa (Alfasi/Fenster 2005) zu zelten und dies über soziale Medien öffentlich bekannt zu machen. Aus den ursprünglich mehreren Dutzend Zelten entsprang innerhalb weniger Tage „die größte politische Massenmobilisierung“ (Marom 2013: 2828) in der Geschichte Israels mit mehr als 60 Zeltstädten im ganzen Land und Demonstrationen mit bis zu einer halben Million TeilnehmerInnen (Eizenberg 2012). Neben den ursprünglichen InitiatorInnen wurden die zweimonatigen Massenproteste wesentlich von der nationalen Studierendengewerkschaft (National Student Union) und der sozialistisch-zionistisch ausgerichteten Jugendorganisation *Dror Israel* unterstützt und insbesondere finanziell getragen. Aufgrund ihres inklusiven Charakters konnte sich jedoch ein breites politisches Spektrum direkt an den Protesten beteiligen, das von sozialistischen, nicht-zionistischen Gewerkschaften und feministischen Basisgruppen, über linkszionistische Organisationen und Parteien (die jedoch auf Symbole ihrer Parteizugehörigkeit verzichteten) bis hinzu libertären Splittergruppen reichte.

Unmittelbar inspiriert worden sind die israelischen Massenproteste durch den Arabischen Frühling in Ägypten und Tunesien sowie durch die spanische 15M-Bewegung. Aus den arabischen Nachbarländern haben die israelischen AktivistInnen die Praxis der langfristigen Platzbesetzungen importiert und den Hauptlogan, wonach das Volk soziale Gerechtigkeit verlangt, adaptiert und ins Hebräische übersetzt. Außerdem wurde auf zahlreichen Bannern und mit Symbolen positiv auf die arabischen Revolutionen Bezug genommen, etwa wenn schon in den ersten Tagen des Protests der besetzte Teil des Rothschild Boulevards in „Rothschild/Tahrir-Platz“ umbenannt worden ist (Gordon 2012: 350; Grinberg 2013: 494). Aus Spanien hat die israelische Bewegung die Abkürzung J14 als Namen, Techniken der basisdemokratischen Kommunikation (wie etwa Handzeichen),

Mechanismen der kollektiven Entscheidungsfindung in Asambleas sowie die (anfängliche) Verweigerungshaltung übernommen, nicht mit der Regierung und dem politischen Establishment zu verhandeln. Allerdings lassen sich die israelischen Sozialproteste nur bedingt in einen transnationalen Bewegungszyklus einordnen. Dafür spricht zwar die Vorbildfunktion der arabischen Aufstände, die Übernahme von Praktiken und Strategien, die Relevanz von zentralen Plätzen und städtischen Räumen, die tragende Bedeutung eines jungen, gut ausgebildeten urbanen Prekariats (Candeias/Völpel 2013) sowie vor allem die ähnlichen gesellschaftlichen Ursachen von Neoliberalisierung, Austerität, sozialer Ungleichheit und einer tiefen postdemokratischen Krise der politischen Repräsentation (Tejerina et al. 2013). Jedoch standen israelische AktivistInnen zu keiner Zeit in einem direkten Austausch mit Bewegungen in anderen Ländern, der einen zusammenhängenden, transnationalen Bewegungszyklus im engeren Sinne nahelegen würde. Während der Aufbau von politischen Netzwerken von unten mit AktivistInnen aus arabischen Nachbarländern schon aus außenpolitischen Gründen nahezu unmöglich ist, blieb auch der Austausch mit europäischen Bewegungen in Spanien oder Griechenland eher sporadisch und symbolisch sowie auf Einzelpersonen und kleinere Konferenzen im Anschluss an die Massenproteste beschränkt.

Viele BeobachterInnen interpretieren den enormen und überraschenden Mobilisierungserfolg als verspätete Reaktion der urbanen Mittelschichten auf die zuvor beschriebenen Neoliberalisierungsprozesse und die damit verbundene soziale Polarisierung (Alimi 2012; Swirski 2013). Doch auch wenn ein Großteil der Protestierenden den säkularen Mittelschichten entstammte, so waren etwa EinwanderInnen aus der ehemaligen Sowjetunion, arabische Israelis sowie die orthodox-religiösen Gemeinschaften unterrepräsentiert (Ram/Filc 2012). Dennoch beteiligten sich schon früh andere Gruppen aus der sozialen und räumlichen Peripherie der israelischen Gesellschaft, indem auch sie Plätze besetzten und eigene Zeltstädte organisierten.² Um auf die speziellen Bedürfnisse, Diskriminierungserfahrungen und politischen Forderungen aufmerksam zu machen, etablierten etwa arabische AktivistInnen in Jaffa, feministische Initiativen zusammen mit Obdachlosen und ostafrikanischen Flüchtlingen im Levinsky Park im südlichen Tel Aviv³ sowie jüdische Israelis mizra-

2 In expliziter Gegnerschaft positionierte sich dagegen die religiös-nationalistische Siedlerbewegung, die befürchtete, dass ein potenzieller Ausbau des Sozialstaates letztlich auf Kosten des Siedlungsprojektes durchgesetzt werden würde.

3 Das in vielerlei Hinsicht gegenhegemoniale Camp im Levinsky Park war der einzige Ort, an dem sich sudanesisch- und eritreische Flüchtlinge an den Protesten beteiligen konnten (Fenster/Misgav 2014). Nichtsdestotrotz blieben deren Positionen und Forderungen aber innerhalb der israelischen Sozialproteste völlig marginalisiert, insofern sich Solidarisierungseffekte im Wesentlichen auf wenige feministische und andere linksradikale Initiativen beschränkten. Besonders offensichtlich wurde dieses Nicht-Verhältnis zwischen

chischer Herkunft⁴ in ärmeren Städten und Stadtvierteln eigene Protestcamps mit jeweils spezifischer Ausrichtung und Agenda (Allweil 2013; Misgav 2013). Dementsprechend verstehen Ram/Filc (2013) den inklusiven Charakter der Bewegung als Versuch, eine neue Allianz zwischen Mittelschichten und ärmeren sozialen Klassen zu schmieden, die sich gegen die herrschende ökonomische Elite richtet.

Eine solche breite und für Israel ungewöhnliche soziale Basis wurde 2011 möglich, da die treibenden Kräfte der Bewegung sich selbst öffentlich als apolitisch, d.h. als weder links (= für eine Zwei-Staaten-Lösung und Kompromisse mit den PalästinenserInnen) noch rechts (= für die Fortsetzung von Besatzungs- und Siedlungspolitik) verorteten (Marom 2013). Mit anderen Worten haben sich die J14-Proteste quer zum traditionell fest verankerten Rechts-Links-Schemata der israelischen Politik positioniert, wonach politische Identitäten nicht durch sozio-ökonomische Konfliktlinien, sondern durch ethnisch-nationalistische Diskurse und die Stellung zum Palästina-Konflikt determiniert werden und dabei bewusst die israelisch-palästinensischen Auseinandersetzungen und das Militärregime in den besetzten Gebieten dethematisiert (Eizenberg 2012: 167f). Kritisiert wurde der strategische Ausschluss der Palästinafrage lediglich von manchen linkszionistischen Gruppen (etwa von AnhängerInnen der seit 1992 im Parlament vertretenen Meretz-Partei) sowie von den nicht-zionistischen/linksradikalen Teilen der Bewegung (etwa sehr deutlich von der arabisch-jüdischen Basisgewerkschaft WAC-MAAN; eher unterschwellig von der mit vier Sitzen in der Knesset vertretenen kommunistischen Partei Hadash), denen der Charakter der Proteste zu inklusiv und zu nationalistisch war. Als relevante Minderheit innerhalb der Sozialproteste haben diese allesamt versucht, Fragen von Besatzung und Siedlungsbau mit auf die Agenda zu setzen, da die zentrale Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, so der Vorwurf, auch PalästinenserInnen, die unter israelischer Militärherrschaft leben, miteinschließen müsse. Darüber hinaus hätten die israelischen Sozialproteste schon aus polit-ökonomischen Gründen die Kosten der Besatzungspolitik und die hohen Subventionen für das Siedlungsprojekt offensiv anprangern müssen, da so finanzielle Ressourcen gebunden würden, die letztlich für wohlfahrtsstaatliche Infrastrukturen und soziale Projekte fehlen (Gordon 2012; Gorodess 2013).⁵

sozioökonomischen und migrantischen Kämpfen im Januar 2014, als mehrere zehntausend Flüchtlinge in Tel Aviv tagelang mit Massenkundgebungen und Streiks – letztlich erfolglos – für einen gesicherten Aufenthaltsstatus demonstrierten, die Unterstützung durch israelische AktivistInnen aber eher gering ausfiel.

- 4 Mizrachim bezeichnet jüdische EinwanderInnen aus Ländern des Nahen Ostens, die jahrzehntelang ethnische Diskriminierung und Ausgrenzung seitens der europäisch-ashkenasischen Mehrheitsgesellschaft erfahren haben (Shohat 1999).
- 5 Auch die winzige anarchistische Bewegung hat eine ähnliche Kritik formuliert, sich im Unterschied zu den oben genannten Akteuren aber nur sehr sporadisch an den Protesten

Auch wenn eine solche Kritik ihre Berechtigung hat, hält die Mehrheit der AktivistInnen bis heute daran fest, dass die explizite Nichtthematisierung der ansonsten allgegenwärtigen ethnisch-nationalen Konfliktlinien überhaupt erst eine Massenbewegung sowie neue Bündiskonstellationen zwischen traditionell zum Teil verfeindeten sozialen Gruppen ermöglicht hat. Anders ausgedrückt: Der inklusive und vermeintlich apolitische Charakter der Bewegung war existenzielle Bedingung, um unter der gegebenen Dominanz ethnisch-nationalistischer Diskurse und Identitäten auf breiter sozialer Basis gemeinsame sozio-ökonomische Forderungen nach wohlfahrtsstaatlicher Absicherung, sozialen Infrastrukturen, bezahlbarem Wohnraum und materieller Umverteilung zu artikulieren. Durch die temporäre Marginalisierung ethnisch-nationaler Ausgrenzungsdiskurse wurden also bis dahin undenkbbare – wenn auch fragile – Allianzen zwischen sich traditionell antagonistisch gegenüberstehenden politischen Lagern entlang gemeinsamer sozio-ökonomischer Interessen möglich. Beispielsweise organisierten mizrachisch-feministische AktivistInnen Ende August 2011 eine gemeinsame Demonstration von jüdischen BewohnerInnen aus dem einkommensschwachen, eher nationalistisch-religiös geprägten HaTikva-Viertel in Tel Aviv mit arabisch-palästinensischen BewohnerInnen aus Jaffa, da beide Viertel erheblich von steigenden Wohnkosten, der Marginalisierung des öffentlichen Wohnungsbaus und Gentrifizierungsprozessen betroffen sind. Trotz aller sonstigen gravierenden Differenzen konnten sich beide Gruppen darauf einigen, dass alle – also auch der jeweils ‚Andere‘ – ein grundlegendes Recht auf Wohnen haben, weshalb man gemeinsam für einen öffentlichen, nicht-profitorientierten Wohnungsbau kämpfen müsse (Allweil 2013). Bemerkenswert ist zudem, dass die israelischen Sozialproteste aufgrund ihres inklusiven Charakters zwar auch die rechts-nationalistische Siedlerbewegung nie explizit ausgeschlossen haben, die 66 Zeltstädte aber ungeplant dennoch die international anerkannten Grenzen Israels markierten, indem kein Zelt jenseits der sogenannten Grünen Linie errichtet worden ist (ebd.: 44).

Soziale Gerechtigkeit, Wohlfahrtsstaat und reale Demokratie

Auch wenn die drängende Wohnungsfrage, die zunehmende soziale Polarisierung und die steigenden Lebenshaltungskosten die einende Klammer der Proteste bildeten, konnte die Bewegung aufgrund der Spontanität der Entwicklungen zu Anfang keine konkreten politischen Forderungen formulieren bzw. sich auf

beteiligt, da sie als zu nationalistisch und staatstragend kritisiert wurden (Gordon 2012: 352).

keinen alternativen Gesellschaftsentwurf verständigen. Weitestgehende Einigkeit bestand jedoch darin, dass man, so etwa zwei InitiatorInnen des ersten Rothschild-Camps, „den radikalen Neoliberalismus der letzten 25 Jahre“ durch „ein neues ökonomisches System“ (Interview, 9.12.2013) bzw. das „neoliberale Wirtschaftssystem durch einen Wohlfahrtsstaat ersetzen“ (Stav Shaffir zit. n. *Jerusalem Post*, 2.8.2011) wolle. Angesichts anhaltender Kritik, keine gesellschaftliche Alternative bieten zu können, und angesichts drohender Kooptierungsversuche seitens der Netanjahu-Regierung entschieden führende OrganisatorInnen der Proteste im August 2011, eine eigene Kommission unter Leitung der Professoren Avia Spivak und Yossi Yonah zu bilden, um konkrete Reformschritte und eine realpolitische Alternative zum neoliberalen Umbau der Gesellschaft zu formulieren. Der nach ihren Vorsitzenden benannten Spivak-Yonah-Kommission ist es daraufhin in kürzester Zeit gelungen, 160 Ehrenamtliche aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu vereinigen, die in engem Austausch mit der Bewegung und aufgeteilt in acht thematische Untergruppen eine Blaupause zur Re-Etablierung eines Wohlfahrtsstaates ausarbeiten sollten (Alfasi/Fenster 2014). In einem Akt partizipativer Demokratie besuchten die Subkomitees zwei Monate lang die Zeltstädte im ganzen Land und organisierten offene Workshops, um soziale Probleme, konkrete Reformvorschläge und gesellschaftliche Alternativen zu diskutieren. Auf dieser Grundlage konnte Ende Oktober ein weitreichendes keynesianisches Reformprogramm veröffentlicht werden, welches u.a. vorsah, die Einkommens-, Vermögens- und Unternehmenssteuern wieder auf den OECD-Durchschnitt anzuheben, um so den staatlichen Ausbau sozialer Infrastrukturen zu finanzieren. Diese Stoßrichtung unterstreicht etwa einer der beiden Vorsitzenden: „Unsere allgemeinste, übergreifende makroökonomische Forderung war den Neoliberalismus zu stoppen; was natürlich bedeutet, die Steuern für Reiche und große Unternehmen zu erhöhen und den gesellschaftlichen Reichtum durch Subventionierung staatlicher sozialer Dienstleistungen umzuverteilen“ (Interview, 18.10.2013).

Ähnlich wie in Spanien oder Griechenland (Sitrin/Azzellini 2014) artikulierte die israelische Bewegung aber auch Begehren, die über klassische sozio-ökonomische Forderungen nach Umverteilung hinausgehen und denen eine tiefe gesellschaftliche Krise der politischen Repräsentation zugrunde liegt (Schechter 2013: 281f.). Denn angesichts der Neoliberalisierungstendenzen der letzten Jahrzehnte, der Konzentration von Macht und Ressourcen in den Händen einer kleinen Klasse von Vermögensbesitzern und der Postdemokratisierung formell demokratischer Institutionen ist es dem politischen System Israels trotz freier Wahlen zunehmend weniger gelungen, Alternativen jenseits neoliberaler Politiken abzubilden (Grinberg 2013; Ram 2008). Vor diesem Hintergrund fanden innerhalb der sozialen Bewegung radikaldemokratische Stimmen Gehör, die

die Reformunfähigkeit der herrschenden Eliten und bestehenden staatlichen Institutionen betonen. Statt sich in letztere konstruktiv einzubringen und sich dort korrumpieren zu lassen, seien systemüberwindende Alternativen jenseits von Markt und Staat anzustreben, wie es etwa ein Mitbegründer des sozialen Zentrums Beit Ha'am („Haus des Volkes“) formuliert: „Regierung und Stadtverwaltung sind im Grunde genommen kriminelle Vereinigungen. Hier existiert keine Demokratie mehr, nur Neoliberalismus, rauer Kapitalismus, viel Korruption und viel Gewalt. Was wir erreichen wollen ist kurz gesagt: Wahre Demokratie“ (Interview, 16.10.2013).

Betrachtet man drei Jahre nach den Großdemonstrationen die erkämpften gesellschaftlichen Veränderungen in Israel, fällt das Urteil ambivalent aus. Einerseits ist es der Bewegung in atemberaubender Geschwindigkeit gelungen, zutiefst verankerte Diskurse zu verschieben, die Kritik an sozialer Ungleichheit und Neoliberalisierung für weite Teile der Gesellschaft sagbar und anschlussfähig zu machen und Konsense über die Alternativlosigkeit des Status quo zu erschüttern. Außerdem sind nach Ende der Massenproteste zahlreiche außerparlamentarische Initiativen, Basisgewerkschaften, NGOs und Genossenschaften entstanden; der gesellschaftliche Grad an politischer Organisierung hat also – trotz mittlerweile zunehmender Resignation – spürbar zugenommen. Andererseits ist der Einfluss auf die institutionalisierte staatliche Politik – von wenigen Ausnahmen abgesehen (Amram 2013; Gorodess 2013: 6ff.; OECD 2013) – im Verhältnis zu den großen Erwartungen jedoch gering. Trotz der Breite der Mobilisierung und der Formulierung einer moderaten, aber zugleich auch sehr konkreten Alternative durch die Spivak-Yonah-Kommission konnte weder ein progressiver Politikwechsel durchgesetzt, noch ein post-neoliberaler Wandel eingeleitet werden (Alimi 2012; Schipper 2014; Swirski 2013). Vielmehr haben sich die bestehenden Machtverhältnisse eher verfestigt, da selbst die größte Massenmobilisierung in der Geschichte Israels ausgesessen werden konnte und auch die nationalen Wahlen zur Knesset im Januar 2013 keine grundlegende Verschiebung von Kräfteverhältnissen erkennen lassen.

Schwachpunkte der Bewegung: Inhaltliche vage, interne Demokratie und autonome Organisierung

Aufgrund der Spontanität der Entwicklungen und der inklusiven aber zugleich auch vagen catch-all-Attitüde (Alimi 2012: 405) vereinigten die israelischen Sozialproteste zu Beginn ein sehr heterogenes politisches Spektrum. Dieser heterogene Charakter hat zwar einerseits die Massenmobilisierung ermöglicht, zugleich aber andererseits die Herausbildung einer tragfähigen, solidarischen

Identität und die Formulierung von gemeinsamen politischen Forderungen erschwert. Vielmehr entwickelte sich der Rothschild Boulevard schnell zu „einer Enzyklopädie aller sozialen Probleme und Konflikte in Israel“ (Schechter zit. n. Schmidt/Schipper 2014), sodass letztlich fast jede politische Strömung an die J14-Proteste anschließen bzw. in ihrem Namen sprechen konnte. So betont beispielsweise einer der ursprünglichen InitiatorInnen: „Natürlich hatte die Bewegung eine ideologische Basis und gewisse Ideen, aber es brauchte Zeit, bis sich diese entwickeln konnten. Es war nicht so wie 1968, als die Studierenden [in Europa] rebellierten. Die hatten ihre Doktrinen und ihre Bücher und ihre Philosophen. Alles war sehr durchdacht. Bei uns war es eher eine spontane Eruption statt einer kohärenten Bewegung. Diese Vagheit hat es Vielen erlaubt, nach Ende der Proteste im Namen derselben zu sprechen. Deswegen haben wir jetzt einen neuen Finanzminister, der in unserem Namen spricht, während er zugleich alles repräsentiert, wogegen wir uns gerichtet haben“ (Interview, 9.12.2013). Im Verlauf der Proteste ist es zwar letztlich der Spivak-Yonah-Kommission gelungen, ein kohärentes politisches Programm und konkrete Forderungen zu formulieren, allerdings kritisieren linksradikale Akteure der Bewegung die dominante realpolitische Problemlösungsrhetorik und die fehlende grundlegende Kapitalismus- und Herrschaftskritik. Gemäß dieser Einschätzung wäre eine solche aber notwendig gewesen, um die neoliberale Hegemonie frontal herauszufordern und sich nicht der Sachzwanglogik des Finanziergebarens unterzuordnen (Gordon 2012; Ram/Filc 2012).

Analog zur generellen inhaltlichen Vagheit der Proteste lässt sich ebenso die bewusste Dethematisierung des israelisch-palästinensischen Konflikts als Dilemma interpretieren. Einerseits war die Entscheidung, den ansonsten allgegenwärtigen ethnisch-nationalen Antagonismus auszublenden, unzweifelhaft eine wesentliche Erfolgsbedingung für die Massenmobilisierung. Andererseits habe aber, so etwa ein Aktivist der arabisch-jüdischen Basisgewerkschaft WAC-MAAN, diese Strategie die Proteste letztlich „inhaltsleer“ (Interview) gemacht, da sich die sozio-ökonomischen Verhältnisse in Israel nicht unabhängig von Kosten für Besatzung und Siedlungsbau verhandeln ließen.

Nach wenigen Wochen waren die J14-Proteste zudem mit einer internen Krise der Repräsentation konfrontiert, die aus der mangelnden demokratischen Legitimation des Führungszirkels resultierte (Ram/Filc 2012; Schechter 2013). Trotz der basisdemokratischen Abstimmungsprozesse in den Asambleas der Zeltstädte konnte die Gruppe der ursprünglichen InitiatorInnen aufgrund ihrer Medienpräsenz und der schnell wachsenden Prominenz eine Führungsrolle einnehmen, die den kollektiven Entscheidungsprozessen oft zuwiderlief. Da sich dieser Kreis außerdem ausschließlich aus der weißen, akademischen Mittelschicht Tel Avivs rekrutierte, war deren Dominanz mit heftiger Kritik aus den peripheren Zelt-

städten konfrontiert, in denen sich vielfach benachteiligte soziale Gruppen wie etwa Mizrachim, ArbeitsmigrantInnen, Flüchtlinge und ärmere soziale Klassen organisiert hatten. Trotz heftiger interner Konflikte über Fragen der Repräsentation sowie interner Demokratie ist es letztlich nie gelungen, eine legitimierte und dezentralisierte Führungsstruktur zu etablieren.

Dass nach dem Sommer der Platzbesetzungen keine eigenständige, autonome Organisation und institutionelle Infrastruktur für eine kontinuierliche soziale Bewegung existierte, hängt zudem damit zusammen, dass prominente Akteure der ersten Stunde, wie etwa Stav Shaffir oder der Vorsitzende der nationalen Studierendengewerkschaft, Itzik Shmulik, schnell als KandidatInnen für die im Januar 2013 angesetzten Knesset-Wahlen in bestehende Parteien aus dem Mitte-Links-Spektrum eingebunden worden sind (Grinberg 2013). Als mittlerweile neu gewählte Abgeordnete der Arbeitspartei können diese zwar die sozialdemokratische Agenda der J14-Proteste aus der Opposition heraus auf dem Terrain des Staates vertreten, die Entstehung einer kontinuierlichen außerparlamentarischen sozialen Bewegung wurde jedoch durch den Verlust von führenden AktivistInnen erheblich erschwert. Da die ursprünglichen InitiatorInnen des Rothschild-Camps zudem vereinbart hatten, sich vom parlamentarischen System fernzuhalten, werteten einige den individuellen Karrieresprung ins Parlament als Verrat an der außerparlamentarischen Verortung.

Im Gegensatz zur Rothschild-Gruppe und radikaldemokratischen Strömungen haben jedoch moderatere Fraktionen der Bewegung, wie etwa die nationale Studierendengewerkschaft, nie einen Hehl aus ihren parlamentarischen Absichten gemacht und die außerparlamentarischen Massenproteste und Platzbesetzungen immer nur als temporäres Instrument betrachtet. Besonders deutlich wurde dies im September 2011, als sich die Studierenden und andere tragende Gruppen im Anschluss an die letzte Großdemonstration aus den Protesten zurückzogen und öffentlich zur Auflösung der Zeltstädte aufriefen. Man habe, so die Argumentation, durch die zweimonatigen Straßenproteste seinen Standpunkt klar gemacht und seine Forderungen der Regierung vermittelt, sodass man darauf vertrauen könne, dass diese sich nun verantwortungsvoll der sozialen Probleme annehmen werde. Für den radikaleren Flügel der AktivistInnen sowie für die ZeltbewohnerInnen aus den ärmeren Klassen der israelischen Gesellschaft, für die die Zeltstädte kein rein politisches Event, sondern teilweise existenzielle Lebensgrundlage geworden waren, war der einseitige und nicht abgestimmte Rückzug des akademischen Flügels eine herbe Enttäuschung, da offenbar wurde, dass die ersehnte Allianz mit den Mittelschichten doch fragiler ist, als in der Anfangseuphorie erhofft. Verstärkt wird die Enttäuschung und Frustration gegenwärtig zudem durch die Tatsache, dass die wenigen materiellen Zugeständnisse, die etwa auf dem Feld der Wohnungspolitik erkämpft worden sind, weit an den Bedürf-

nissen, der Einkommenssituation und der Lebensrealität der unterprivilegierten Klassen vorbeigehen (Schipper 2014).

Staatliche Gegenkräfte: Kooptierung und Repression

Während der ersten zwei Wochen der Proteste versuchte die Netanjahus-Regierung, die Protestierenden entweder als verwöhnte Yuppies und Sushi-Esser zu denunzieren (Marom 2013: 10) oder sie als linksradikale Anarchisten, die die Legitimität des Staates untergraben, zu dämonisieren (Amram 2013). Als angesichts der wachsenden Mobilisierungserfolge deutlich wurde, dass dieser Ansatz zum Scheitern verurteilt ist, änderte die Regierung ihre Strategie. Statt die Proteste weiterhin erfolglos zu delegitimieren, ging man dazu über, die von der Bewegung angesprochenen sozialen Probleme, wie etwa steigende Mieten und Lebenshaltungskosten, als berechtigte Anliegen anzuerkennen, aber eigene marktkonforme Lösungsvorschläge anzubieten.

Als überaus erfolgreich hat sich diesbezüglich die Ernennung eines Regierungskomitees im August 2011 unter Leitung des Wirtschaftswissenschaftlers Manuel Trajtenberg erwiesen, das den Protestierenden ein „offenes Ohr“ anbot (Trajtenberg 2012: 2) und konkrete Reformvorschläge erarbeiten sollte. Während die Protestierenden jedoch Markt- und Wettbewerbsmechanismen als Ursachen von sozialer Ungleichheit, Armut und steigenden Lebenshaltungskosten identifizierten, kooptiert der im Oktober 2011 veröffentlichte Abschlussbericht die Sprache der Sozialproteste und insbesondere die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, jedoch artikuliert als neoliberale Reformagenda: Aufgrund der personellen Zusammensetzung aus Mainstream-ÖkonomInnen und der engen, von der Regierung vorgegebenen Agenda, am Prinzip der fiskalischen Austerität festzuhalten und das staatliche Ausgabenvolumen insgesamt nicht zu erhöhen, verbleiben sowohl Analyse als auch Lösungsvorschläge innerhalb einer Rationalität, die auf mehr Wettbewerb, Wachstum und privatwirtschaftliche Initiative setzt. In Abgrenzung zu den gewalttätigen Auseinandersetzungen in Athen und London lobt der Bericht etwa einleitend, dass dank „der Großartigkeit repräsentativer Demokratie und der Weisheit marktwirtschaftlicher Prozesse“ (Trajtenberg 2012: 3) in Israel eine Revolution zugunsten eines konstruktiven und geordneten Reformprozesses verhindert worden sei. Die Analyse der Ursachen für die sozialen Probleme ist im Unterschied zum alternativen Spivak-Yonah-Komitee geprägt von einer individualistischen, neoklassischen und mikroökonomischen Perspektive. Entsprechend identifiziert der Regierungsbericht auch nicht die neoliberalen Reformen der letzten 30 Jahre als eine Ursache für die steigenden Lebenshaltungskosten, sondern ausschließlich monopolistische Wirtschaftsstrukturen sowie

die mangelhafte Integration der ultraorthodoxen Bevölkerung in Arbeitsmarkt und Armeedienst. Da Klassen- und Eigentumsverhältnisse völlig ausgeblendet werden, am Leitbild des ausgeglichenen Haushalts festgehalten wird und das öffentliche Budget nicht erhöht werden darf, ist das potenzielle Spektrum politischer Veränderungen eng begrenzt. Keynesianisch-sozialdemokratische oder gar nicht-kapitalistische Alternativen von Selbstverwaltung, Wirtschaftsdemokratie und solidarischer Ökonomie werden in dem Bericht systematisch ausgeblendet und aus dem Feld des Sagbaren verbannt. Um das gravierendste Problem der steigenden Lebenshaltungskosten insbesondere für junge arbeitende Familien der Mittelschicht in den Griff zu bekommen, fordert das Trajtenberg-Komitee, die indirekten Steuern zu senken, Monopole durch Wettbewerb aufzubrechen, die Kosten für staatliche Dienstleistungen durch die Auslagerung an private Anbieter zu reduzieren und die Bedingungen für Wirtschaftswachstum durch die Stärkung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern (Trajtenberg 2012).

Auch wenn die Reformvorschläge mit Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit, liberalisierte Märkte und die Privatisierung staatlicher Dienstleistungen den Forderungen der israelischen Sozialproteste diametral entgegenstehen, war die Etablierung der Trajtenberg-Kommission rückblickend, so ein Mitglied des alternativen Komitees, „ein brillanter Schachzug der Regierung“ (Interview, 18.10.2013). Denn obwohl bis heute nur ein Bruchteil selbst der regierungseigenen Reformvorschläge auch tatsächlich umgesetzt worden ist, verlor die soziale Bewegung mit der Etablierung der staatlichen Kommission schlagartig an Initiative und sukzessive auch an gesellschaftlichem Rückhalt. Da es nicht gelungen ist, die beschränkte politische Agenda und den neoliberalen Charakter der Trajtenberg-Kommission zu politisieren und zu skandalisieren, konnte die Netanjahu Regierung in der öffentlichen Meinung erfolgreich Entschlossenheit suggerieren und Handlungsfähigkeit demonstrieren.

Dementsprechend hat der Likud bei den entscheidenden Wahlen zur Knesset im Januar 2013 zwar deutlich an Stimmen verloren, stellt aber im Bündnis mit der national-rechten Partei Jisra'el Beitenu („Israel unser Haus“) dennoch die stärkste Fraktion, sodass Netanjahu gestützt auf eine Koalition u.a. mit der nationalistischen Siedlerpartei HaBajit haJehudi („Jüdisches Heim“) als Premierminister wiedergewählt wurde. In die neue Regierung eingebunden worden ist ferner die liberale Partei Jesch Atid („Es gibt eine Zukunft“), die als Reaktion auf die Massenproteste im April 2012 von dem Journalisten Yair Lapid gegründet wurde und auf Anhieb 19 der 120 Sitze in der Knesset gewonnen hat. Heutzutage gilt Jesch Atid vielen AktivistInnen als „bittere Enttäuschung“ (Schechter 2013: 277), da sie sich im Wahlkampf erfolgreich als Partei der protestierenden Mittelschichten profiliert hatte, an der Regierung aber keinen grundsätzlichen Politikwechsel eingefordert hat. Vielmehr hat Yair Lapid als einflussreicher Fi-

nanzminister unter Netanjahu die neoliberale Agenda der letzten Jahrzehnte fortgesetzt. Ermöglicht wurde die bruchlose Einbindung der neuen Partei auch dadurch, dass die ursprüngliche, progressive Forderung nach gleichen sozialen Rechten für alle sukzessive durch das Einfordern von gleichen Pflichten ersetzt worden ist – womit vor allem die Einberufung der bislang vom dreijährigen Militärdienst befreiten ultraorthodoxen männlichen Bevölkerung zur vorherrschenden Agenda geworden ist. Indem Netanjahu also Lapid zu seinem Finanzminister gemacht hat, konnte ein spezifischer Teil der sozialen Protestbewegung in die Regierungsverantwortung eingebunden werden, ohne dass die neoliberale Ausrichtung staatlicher Politik infrage gestellt werden muss. Entscheidend für die Befriedung der Proteste war folglich die neoliberale Kooptierung von Sprache und Forderungen der Bewegung sowie das Erstarken der neuen postmodernen Retorten-Partei Jesch Atid, die in Anbetracht des passivierenden Effektes der Knesset-Wahlen die Errungenschaften der Sozialproteste am erfolgreichsten in Wählerstimmen ummünzen konnte.

Im Vergleich zur Kooptierung spielten repressive Strategien eine eher untergeordnete Rolle, wobei der selektive Einsatz polizeilicher Zwangsmittel bemerkenswert ist: Während etwa die Entstehung des von akademischen Mittelschichten geprägten Protestcamps auf dem Rothschild Boulevard mit nahezu eintausend Zelten von nationalen Polizei- und städtischen Ordnungsbehörden lange Zeit toleriert worden war, sah die Situation in den peripheren Zeltstädten zum Teil anders aus. Beispielsweise wurde das von der mizrachisch-feministischen Organisation Achoti („Meine Schwester“) am 24. Juli 2011 initiierte Protestcamp im Levinsky Park, welches sich als subalterne Gegenöffentlichkeit verstand und überwiegend von der ärmeren Bevölkerung aus Süd Tel Aviv, ArbeitsmigrantInnen, Flüchtlingen aus dem Sudan und Eritrea sowie Obdachlosen bewohnt wurde, mehrfach von der Polizei zerstört und vom städtischen Ordnungsamt schikaniert (Fenster/Misgav 2014; Misgav 2013).

Mit einem ähnlich repressiven Vorgehen war das Hauptcamp auf dem Rothschild Boulevard dagegen erst konfrontiert, als die studentische Mittelschicht im Vertrauen auf die Reformbereitschaft der herrschenden Eliten nach zwei Monaten einseitig ihren Rückzug aus den Straßenprotesten angekündigt hatte. Erst als Anfang Oktober 2011 nur noch der harte Kern der AktivistInnen sowie die wohnungslosen Armen in den Zeltstädten zurückblieben, räumten die städtischen Sicherheitsbehörden den Boulevard und die anderen Camps, wobei die Zelte und das Equipment von der Müllabfuhr entsorgt wurden. Monatelange Versuche, sich über den Winter neue Plätze anzueignen, scheiterten an polizeilichen Interventionen und neuen Anti-Obdachlosen-Techniken, wie beispielsweise die unregelmäßige Bewässerung von Grünanlagen oder gesetzliche Zero-Tolerance-Befugnisse, die etwa das Konfiszieren von Decken und ähnlichen

Gegenständen möglich machen. Nachdem im Januar 2012 die letzte J14-Zeltstadt im HaTikva Viertel von Tel Aviv geräumt worden war, musste die Stadt Tel Aviv jedoch angesichts des faktischen Mangels an Notunterkünften letztlich zumindest die Existenz eines Obdachlosencamps zwischen einer Autobahnauffahrt und der viel befahrenen Arlozorov Straße akzeptieren – ein Camp, das abseits der glamourösen und touristischen Orte der Stadt bis heute fortbesteht. Bestrebungen im Zentrum von Tel Aviv, neue Zeltstädte zu etablieren, wie es etwa 100 AktivistInnen vor dem Jahrestag der Bewegung im Juni 2012 in der Absicht versucht hatten, eine neue Protestwelle anzustoßen, wurden dagegen unmittelbar durch polizeiliche Großaufgebote, Festnahmen und präventive Hausbesuche bei bekannten AktivistInnen (*Haaretz*, 12.6.2012; 24.6.2012) unterdrückt, um ein Wiederaufflammen der Proteste schon im Keim zu ersticken. Der vorerst gescheiterte Kampf um die Aneignung neuer Räume des Protests ist gerade deshalb so bedeutsam, weil der Bewegung ein gemeinsamer, autonomer und handlungsfähiger Organisationsansatz fehlt. Ohne die Zeltstädte oder ähnliche alternative Orte, an denen sich AktivistInnen und SympathisantInnen im städtischen Raum treffen und austauschen können, fehlt anscheinend auch im Zeitalter der digitalen Vernetzung der Kristallisationspunkt, von welchem neue Massenproteste ihren Ausgang finden könnten (Marom 2013; Tejerina et al. 2013).

Schlussbemerkung

Die gesellschaftliche Wirkmächtigkeit von sozialen Bewegungen ist grundsätzlich schwierig zu eruieren, da die Beurteilung wesentlich davon abhängt, worauf das Augenmerk gerichtet wird. Betrachtet man im Falle der israelischen Sozialproteste von 2011 etwa die diskursiven Verschiebungen, das Erscheinen von neuen politischen Subjekten und Identitäten, den wachsenden Grad der politischen Organisierung oder die Brüche in der gesellschaftlichen Hegemonie, hat die J14-Bewegung in kürzester Zeit Außergewöhnliches erreicht. Dieser Erfolg hat sich aber bislang (kaum) auf Lebenshaltungskosten, die Konzentration gesellschaftlichen Reichtums sowie die institutionelle Politik und staatliches Handeln ausgewirkt, das ungebrochen an neoliberalen Prinzipien ausgerichtet ist.

Zu verstehen, warum sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in Israel zumindest auf dem Terrain des Staates nicht grundlegend verschoben haben und die soziale Bewegung insofern an der Materialität staatlicher Macht gescheitert ist, war Anspruch dieses Beitrages. Aufseiten der Bewegung wurden diesbezüglich die inhaltliche Vagheit und Heterogenität, der Mangel an interner Demokratie sowie das Fehlen einer eigenständigen sozialen Infrastruktur und handlungsfähigen Organisierung als entscheidende Schwächen identifiziert. Zu problematisieren

ist darüber hinaus, inwiefern die dominante realpolitische Haltung nicht einer Problemlösungsrhetorik Vorschub geleistet hat, die nicht mehr in der Lage war, gesellschaftliche Eigentums- und Machtverhältnisse grundlegend zu kritisieren und herauszufordern.

Aufgrund dieser internen Probleme ist es wiederum gesellschaftlichen und staatlichen Gegenkräften erleichtert worden, nach anfänglicher Schockstarre in die Offensive zu gehen, indem Akteure, Sprache und zentrale Forderungen der Bewegung kooptiert und in eine neoliberale Reformagenda eingebunden wurden. Vorerst scheinen die J14-Proteste daher befriedet zu sein, auch wenn die gesellschaftlichen Widersprüche fortbestehen. Zu bedenken ist jedoch, dass es vor 2011 in Israel kaum eine Tradition von sozialem Widerstand gegen neoliberale Politiken gegeben hat. Insofern also erstmals kollektive Erfahrungen gesammelt werden konnten, ist einem Mitbegründer des sozialen Zentrums Beit Ha'am zuzustimmen, dass die israelischen Sozialproteste vielleicht erst „noch in den Kinderschuhen stecken“ und „gerade erst laufen gelernt haben“ (Bril zit. n. Schmidt/Schipper 2014).

Literatur

- ACRI, Association for Civil Rights in Israel (2012): *The State of Human Rights in Israel and in the Occupied Territories 2012*. URL: <http://www.acri.org.il/en/2012/12/16/acri-situation-report-2012>. Zugriff: 28.10.2014.
- Alfasi, Nurit/Fenster, Tovi (2005): A tale of two cities: Jerusalem and Tel Aviv in an age of globalization. In: *Cities* 22(5): 351-363.
- (2014): Between socio-spatial and urban justice: Rawls' principles of justice in the 2011 Israeli Protest Movement. In: *Planning Theory*, i.E.
- Alimi, Eitan (2012): ‚Occupy Israel‘: A Tale of Startling Success and Hopeful Failure. In: *Social Movement Studies* 11(3-4): 402-407.
- Allweil, Yael (2013): Surprising Alliances for Dwelling and Citizenship: Palestinian-Israeli Participation in the Mass Housing Protests of Summer 2011. In: *International Journal of Islamic Architecture* 2(1): 41-75.
- Amram, Yair (2013): Grass fire: outbreak of the social protest, its operation style and the results observed in the short term. In: *American Journal of Social Sciences* 1(1): 1-12.
- Candeias, Mario/Völpel, Eva (2013): *Plätze sichern! Über Occupy, Indignados, Syntagma und die Lernfähigkeit des Mosaiks*. Hamburg.
- Eizenberg, Efrat (2012): Soziale Proteste in Israel: die Eroberung neuer sozialer Räume. In: *Prokla* 166 42(1): 163-172.
- Fenster, Tovi/Misgav, Chen (2014): The Protest within Protest: Political Spaces of Feminism and Ethnicities in the 2011 Israeli Protest Movement. In: *Gender, Place & Culture. A Journal of Feminist Geography*, i.E.
- Gordon, Uri (2012): Israel's 'Tent Protests': The Chilling Effect of Nationalism. In: *Social Movement Studies* 11(3-4): 349-355.
- Gorodess, Talia (2013): ‚The People Demand Social Justice‘: How the Israeli Social Protests Ignored the Palestinian Issue. URL: http://icsr.info/wp-content/uploads/2013/09/Atkin-Paper-Series_Talia-Gorodess.pdf. Zugriff: 26.10.2014.

- Grinberg, Lev (2013): The J14 resistance movement: The Israeli mix of Tahrir Square and Puerta del Sol. In: *Current Sociology* 61(4): 491-509.
- Hemmings, Philip (2011): *How to Improve the Economic Policy Framework for the Housing Market in Israel*. URL: http://www.oecd-ilibrary.org/economics/how-to-improve-the-economic-policy-framework-for-the-housing-market-in-israel_5kg0sfjqz9x-en. Zugriff: 22.10.2014.
- Maman, Daniel/Rosenhek, Zeev (2012): Mobilizing globalization in local political fields: The strengthening of the central bank in Israel. In: *Review of International Political Economy* 19(2): 317-340.
- Marom, Nathan (2013): Activising Space: The Spatial Politics of the 2011 Protest Movement in Israel. In: *Urban Studies* 50(13): 2826-2841.
- Misgav, Chen (2013): ‚Shedding Light on Israel’s Backyard‘: The Tent Protest and the Urban Periphery (Hebräisch). In: *Theory and Criticism* (41): 97-119.
- Nitzan, Jonathan/Bichler, Shimshon (2002): *The global political economy of Israel*. London.
- OECD (2011): *Society at a Glance 2011*. Paris.
- (2013): *Review of Recent Developments and Progress in Labour Market and Social Policy in Israel. Slow Progress Towards a More Inclusive Society*. Paris.
- Ram, Uri (2008): *The globalization of Israel. McWorld in Tel Aviv, Jihad in Jerusalem*. New York.
- /File, Dani (2012): *The Rise and (so far) Demise of Social Protest in Israel*. URL: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/Arabellion/20120115_the_social_protest_in_israel-Uri_Ram.pdf. Zugriff: 22.10.2014.
- (2013): Introduction to the Social Protest Forum. In: *Theory and Criticism* (41): 369-375.
- Schechter, Asher (2013): On the corner of Rothschild and Tahir. In: Birk, Michaela/Hagemann, Steffen (Hg.): *The only democracy? Zustand und Zukunft der israelischen Demokratie*. Berlin: 275-283.
- Schipper, Sebastian (2014): The Israeli Social Protest of summer 2011. Towards a post-neoliberal mode of housing regulation? In: *International Journal for Urban and Regional Research, i.E.*
- Schmidt, Ursula; Schipper, Sebastian (2014): ‚The people demand social justice.‘ *Nine Perspectives on the Israeli Social Protest of 2011*. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=P7huG14A4n0>. Zugriff: 23.10.2014.
- Shohat, Ella (1999): The Invention of the Mizrahim. In: *Journal of Palestine Studies* 29(1): 5-20.
- Sitrin, Marina/Azzellini, Dario (2014): *They can’t represent us! Reinventing democracy from Greece to Occupy*. London.
- Swirski, Shlomo (2013): *No Paradigm Change in Sight. The Economic Policies of the Second Netanyahu Government (2009-2012)*. URL: <http://www.adva.org/uploaded/miracle2.pdf>. Zugriff: 23.10.2014.
- Swirski, Shlomo/Attias, Ety (2012): *Israel: A social report 2012*. URL: <http://www.adva.org>. Zugriff: 23.10.2014.
- Tejerina, Benjamín et al. (2013): From indignation to occupation: A new wave of global mobilization. In: *Current Sociology* 61(4): 377-392.
- Trajtenberg, Manuel (2012): *Creating a More Just Israeli Society. Official summary of the Trajtenberg Report*. URL: <http://www.bjpa.org/Publications/downloadFile.cfm?FileID=13569>. Zugriff: 23.10.2014.